

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 27 (1935)
Heft: 11

Artikel: Sicherung der sozialen Demokratie in Dänemark
Autor: Jacoby, H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherung der sozialen Demokratie in Dänemark.

Von H. J a c o b y, Kopenhagen.

Da bei uns in letzter Zeit viele unrichtige Behauptungen zirkuliert haben über die Wirtschaftspolitik der dänischen Regierung unter der Führung von Stauning und deren Aufnahme im dänischen Volk haben wir unsern Mitarbeiter eingeladen, über das Ergebnis der kürzlich stattgefundenen Wahlen in Dänemark eine kurze Orientierung zu geben, die als Ergänzung zu seinem Beitrag im Juliheft der «Gewerkschaftlichen Rundschau» zu betrachten ist.

In unserem Artikel «Dänemark, das Land der sozialen Demokratie» («Gew. Rundschau», S. 178) wurde eine Darstellung des demokratischen Dänemarks gegeben. Es wurde gezeigt, dass dieses agrarische Land in seiner Oekonomie und seinen kulturellen Formen vom Geist der K o l l e k t i v - G e s i n n u n g geprägt ist. Auf der Basis der Genossenschaftsbewegung, der Volkshochschulbewegung und der gewerkschaftlichen Organisation hat sich eine starke politische Demokratie entwickelt, welche die schweren wirtschaftlichen Krisenprobleme im Sinne einer sozialen Wirtschaftspolitik löst. Der politische und soziale Träger dieser Wirtschaftspolitik ist in erster Linie die A r b e i t e r b e w e g u n g, welche in ihrer Politik auch von breiten kleinbäuerlichen Schichten und der bürgerlichen Mittelklasse gestützt wird.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres konzentrierten sich die Angriffe der Opposition und gewannen an Schärfe. Man kann sagen, dass seit März das dänische Land in Erwartung der Neuwahlen lebte. Die politische Situation wurde immer schwieriger. Das Kabinett Stauning, welches in der ersten Kammer nicht die Majorität besitzt, braucht zur Durchführung seiner Politik in der ersten Kammer die Unterstützung der bäuerlichen «Venstre»-Partei. Es wurde immer klarer, dass die Venstre zu scharfer Opposition gegen die Regierung überging und zu einer Kompromisspolitik nicht mehr bereit war. Hiermit wurde aber die politische Situation des Kabinetts Stauning kritisch.

Die dänische Opposition wird von der k o n s e r v a t i v e n Partei und der bäuerlichen «V e n s t r e» geführt. Nazisten und Kommunisten sind trotz einer gewissen Rührigkeit in Dänemark praktisch bedeutungslos. Die Opposition konzentrierte ihre Angriffe auf die wirtschaftliche Politik des Kabinetts Stauning. Ein ernstlicher Angriff auf die demokratischen L i n i e n der Politik ist in Dänemark unmöglich. Gewisse faschistische Manieren der konservativen Jugendorganisationen werden aus diesem Grunde von der konservativen Parteileitung selbst immer wieder als harmlose Spielereien dargestellt.

Der Kern der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Stauning ist die Importregulierung durch das sogenannte Valutakontor. Der bedeutende dänische landwirtschaftliche Export wird nur durch die Kontingentierungsverträge über Importquantitäten ermöglicht. Im Schutze der vom Valutakontor geleiteten Importregulierung entwickelt sich eine dänische Industrie, die in zunehmendem Masse die Arbeitslosen aufnimmt. Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Stauning ist planwirtschaftlicher Natur.

Gegen diese Politik musste sich zwangsläufig die am Import und Handel interessierten Kreise wenden. In massloser Weise wurde die Regierung, das Valutakontor, die Lohn- und Sozialpolitik des Landes angegriffen. Der Wortführer dieser Opposition wurde die konservative Partei. Die Bauernopposition wird von der «Venstre» geführt. Sie trägt deutlich grossbäuerliche Züge. Ihre Führer waren die sogenannten Lehensherren, Grosspächter und sonstige Grossgrundbesitzer. Diese erzählten den bäuerlichen Massen, dass alles Uebel von dem Valutakontor in Kopenhagen komme und verschwiegen, dass gerade dieses Valutakontor durch die Importregulierung den Absatz der dänischen Landwirtschaftsprodukte sicherte. Man erzählte den Bauern, dass das Valutakontor den Kurs der dänischen Krone hoch halte und dass die Landwirtschaft nur durch eine bedeutende Senkung der Krone unter das Pfund saniert werden könne. Nur so würde der dänische Bauer einen genügenden Gewinn aus seiner Produktion erzielen; denn er würde hierdurch an dem relativ hohen Kurs des englischen Pfunds profitieren. Diese masslose und verzerrte Agitation, welche von der sogenannten bäuerlichen «L. S. - Bewegung», welche der «Venstre» nahe stand, geschürt wurde, schien einen gewissen Erfolg zu haben. Ende Juli 1935 zogen zirka 40,000 dänische Bauern vor das Königsschloss in Kopenhagen und überbrachten dem König ihre Forderungen. Der König verwies die Bauern entsprechend der konstitutionellen Regierungsform an das Ministerium. Die Bauern, die in Kopenhagen eine sehr freundliche Aufnahme gefunden hatten, kehrten auf das Land zurück. Aber gerade der Bauernzug bewies in seinem reibungslosen Ablauf, dass wirkliche Gegensätze zwischen Land und Stadt nicht existieren. Immerhin: Die Verhandlungen zwischen Regierung, Venstre und L. S., welche nach dem Bauernzuge eingeleitet waren, verliefen im Sande. Die politischen Gegensätze wurden immer schärfer. Schon einige Zeit vorher hatte die Venstre in politischer Verblendung die von der Regierung angeregte Konvertierung, welche gerade die Zinslast des Bauern ermässigen sollte, sabotiert. Immer widerspruchsvoller, immer agitatorischer wurde die Politik der bäuerlichen Venstre, welche die grösste Oppositionspartei des Landes ist.

Gewiss, auch die Ablehnung des Konvertierungsgesetzes durch die Opposition war nicht kritisch. In Wirklichkeit hatte sich auch die Situation der dänischen Landwirtschaft seit dem Tiefstand des

Jahres 1933 entscheidend gebessert. Preis- und Absatzverhältnisse hatten sich gehoben. Die an und für sich nicht hohe Verschuldung der dänischen Landwirtschaft erdrückte den Bauern nicht, wenn auch Schwierigkeiten unverkennbar waren.

Aber eines stand fest: Die reine Agitationspolitik der «Venstre», welche in aufgeputschten Bauernversammlungen die Währungspolitik und die Lohn- und Sozialpolitik des Kabinetts Stauning angriff, machte eine klare, auf lange Sicht geführte Regierungspolitik unmöglich. Diese rein agitatorische Politik schreckte nicht davor zurück, zusammen mit der L. S.-Bewegung und den Naziagitatoren die Parole des *Valutastreiks* auszugeben. Der dänische Bauer wurde aufgefordert, die Devisen, die er durch den Export seiner Produkte erzielte, nicht an die Bankinstitute abzuführen, um auf diese Weise die Nationalbank zur *Senkung des Kronenkurses* zu zwingen. Die Valutastreikparole, die im September ausgegeben wurde, fand keinesfalls das gewünschte Echo, welches die Agitatoren erwarteten. Aber immerhin zeigte diese Parole klar, dass die Entscheidungsstunde im Kampfe zwischen der Regierung und der Opposition gekommen war. Ein Kompromiss war unmöglich. Anlässlich der Verlängerung des *Gesetzes über die Valutazentrale*, der die Hauptangriffe der Opposition galten, löste Stauning das Parlament auf und schrieb — Anfang Oktober — Neuwahlen aus. Der Wahlwunsch der Oppositionsparteien war erfüllt. Schon unmittelbar nach Ausschreibung der Neuwahlen konnte man aber erkennen, dass die Oppositionsparteien ziemlich kleinlaut wurden und mit einem Gefühl der Unsicherheit in den Wahlkampf gingen. «Venstre» und L. S. benutzten den Wahlkampf als erwünschten Anlass, den wenig aussichtsreichen Valutastreik abzublasen. Sie verwiesen ihre Anhänger auf den Wahlkampf, dessen Ausgang das Ende des Stauning-System herbeiführen musste und werde.

Der kurze Wahlkampf wurde zu einer Intelligenzprobe für den dänischen Wähler. Hier handelte es sich nicht um irgendwelche Gefühlsparolen; Fragen der Wirtschaftspolitik standen auf der Tagesordnung.

Der dänische Wähler, erzogen in der hohen Schule der Demokratie- und der Genossenschaftsbewegung, hat die Intelligenzprobe glänzend bestanden.

Die Wahl vom 22. Oktober brachte den Sieg des Kabinetts Stauning. Es war ein sozialdemokratischer Sieg. Die dänische Sozialdemokratie hat ihren ununterbrochenen Siegeszug — ihre Entwicklung kennt keinen Rückschlag — fortgesetzt. Das zweite Kabinett Stauning, welches nach dem Wahlsieg von 1929 die Regierung antrat und durch die Wahl von 1932 bestätigt wurde, hat nunmehr, 1935, für seine klare volkstümliche soziale und demokratische Politik die wachsende Zustimmung der Wähler erhalten. Die Stimmen der Sozialdemokratie haben sich gegen 1932 um rund 100,000 Wähler vermehrt. Diesmal stimmten 46 Prozent der

dänischen Wähler — 1932 waren es 42 Prozent — für die Sozialdemokratie. Die dänische Sozialdemokratie hat in einem demokratischen Wahlkampf einen grösseren Wahlerfolg erzielt als Hitler in der Zwangswahl vom 5. März 1933, in der bereits der grösste Teil der demokratischen Garantien aufgehoben war. Im übrigen brachte das Wahlergebnis auch der radikalen Partei, der Partei der bürgerlichen Intelligenz, die mit der Sozialdemokratie koalitiert ist, und den Aussenminister Dr. Munch stellt, ein Anwachsen der Stimmen. Geschlagen wurden die Oppositionsparteien. Die Konservativen stagnieren. Die bäuerliche Venstre-Partei verlor 89,000 Stimmen; ein Teil dieser Wähler hat eine neue bäuerliche Partei, die sogenannte «freie Volkspartei» gewählt, welche mit der L. S.-Bewegung identisch ist und 52,000 Stimmen erhielt. Der Rest der «Venstre-Wähler» und der grösste Teil der Neuwähler — die Wahlbeteiligung ist um zirka 100,000 Stimmen gestiegen — ging zur Sozialdemokratie.

Die Kommunisten konnten ihre Stimmen um zirka 10,000 auf 27,000 vermehren. Trotz dieses relativ erheblichen Wachstums spielen sie in der dänischen Arbeiterschaft, wie die Wahlen erwiesen, keine Rolle.

Die Nazisten, die diesmal im ganzen Land Kandidaten aufstellten, brachten es auf 16,000 Wähler, von denen 3500 auf den Wahlkreis Süd-Jydland — das von Deutschland gewonnene Nordschleswig — entfallen. Der Rest der Wähler ist über das ganze Land zersplittert. Die Nazistimmen betragen zirka 1 Prozent der abgegebenen Stimmen, im eigentlichen Dänemark noch weniger. Die deutsche Partei hat in Süd-Jydland 12,600 — das ist noch nicht die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen — erzielt. Die deutschen und nazistischen Stimmen betragen zirka 20 Prozent der Gesamtstimmen in Süd-Jydland. Die neue dänische Provinz hat also — und dies ist vielleicht von europäischem Interesse — dänisch gestimmt.

Die Sozialdemokratie hat 6 Mandate gewonnen. Die Radikalen haben ihre Mandate behauptet. Die Konservativen haben 1 Mandat — die Venstre-Partei 7 Mandate verloren. Die Nazisten haben kein Mandat erzielt, die Kommunisten haben ihre zwei Mandate behauptet.

Während im alten Folketing die Regierungsparteien über 76 von den 148 Mandaten verfügten, ist im neuen Folketing die Zahl der Regierungs-Mandate auf 82 gestiegen; von diesen entfallen 14 Mandate auf die Radikalen und 68 Mandate auf die Sozialdemokraten.

Die politische Bedeutung des Wahlergebnisses für das Land ist gross. Zum dritten Mal ist die Reaktion geschlagen, zum dritten Mal hat sich der unaufhaltsame Vormarsch der Sozialdemokratie durchgesetzt. Die Regierung Stauning, die im 7. Jahr ihrer Regierung den wachsenden Anschluss der Wählermassen fand, ist wohl heute das stabilste Regime der europäischen Demokratie.

Nach den Leistungen der dänischen Sozialdemokratie, die das Kabinett Stauning trägt und die dem dänischen Volk 1933 im schwersten Jahr der Weltwirtschaftskrise, die «Sozial-Reform» — das fortschrittlichste Werk der sozialen Gesetzgebung — gegeben hat, scheint die Gefahr der Reaktion für dauernd gebannt.

Die Regierung Stauning wird ihre klare und volkstümliche Politik fortsetzen. Es ist möglich, dass einige personelle Änderungen im Kabinett vorgenommen werden, am Kurse der Gesamtpolitik wird das nichts ändern. Auch das System der Valutazentrale, deren Innenorganisation möglicherweise elastischer gestaltet wird, wird bleiben.

Es spricht für die hohe demokratische Kultur des Landes, dass unmittelbar nach der Wahl der Führer der konservativen Opposition, Chrismas Möller, betonte, dass der durch das Wahlergebnis klar erwiesene Wille der Wähler ungehindert seinen Ausdruck in der dänischen Politik finden müsse. Chrismas Möller und mit ihm das konservative Organ Dagens Nyheder erklärten, dass nunmehr auch die erste Kammer, der Landsting sich nicht mehr gegen die Durchführung der Stauningpolitik wehren dürfe. Obgleich also die Opposition in der ersten Kammer noch über eine Mehrheit verfügt, beugt sie sich vor dem Willen der Wähler.

Immer wieder beweisen die Völker, deren Demokratie nicht nur Form, sondern politische Tradition ist, dass die Demokratie auch in den schwersten Krisen lebensfähig ist. Nur dort, wo die demokratische Maschine nicht gemeistert werden konnte, zerbrach die Demokratie. Wenn die faschistischen Theoretiker die Notwendigkeit des Faschismus mit dem Erfordernis der Führerpersönlichkeit begründen, gehen sie fehl. Die wahrhafte Demokratie hat stets dem wirklichen Führer, den Anschluss im Volk verschafft. In Dänemark sammelte Thorwald Stauning weit über die Reihe der Arbeiterschaft hinaus die Nation um sich. Ein klares wirtschaftspolitisches Programm, eine ehrliche demokratische Politik und eine politische Persönlichkeit, deren Volksnähe die Massen fesselte, zerschlug die agitatorischen Phrasen und bewies der Welt erneut, dass die gemeisterte Demokratie lebensfähig ist. Sie erzwingt nicht die Fiktion der Volksgemeinschaft, sondern ist die Volksgemeinschaft selbst.
